

Erftstadt

kompakt

„Zukunft nicht verschlafen“

JETZT

die Weichen
richtig stellen

Liblar: SPD fordert Verkehrskonzept

Gaspreise: Sie müssen noch weiter sinken

Erp: Bürger weiter gegen Mastbetrieb

Lechenich: Bonner Straße für 800 000 Euro umgebaut

Erftstadt Kompakt

Winterdienst

CDU und FDP haben den Vorstoß von Bürgermeister Ernst Dieter Bösche abgelehnt, zukünftig auf die Erhebung gesonderter Winterdienstgebühren zu verzichten. Damit werden auch im nächsten Jahr nur die Einwohner zur Finanzierung der Aufgabe herangezogen, deren Straßen gestreut werden. Von gestreuten oder geräumten Straßen profitieren aber alle in Erftstadt. „Der Vorschlag des Bürgermeisters, die Kosten aus den Einnahmen der Grundsteuern zu finanzieren, wäre daher die gerechtere Variante“, sagt Claudia Siebolds, Sprecherin der SPD-Fraktion im zuständigen Fachausschuss.

Verstoß gegen Wettbewerb

Gegen die Stimmen der SPD-Fraktion haben CDU und FDP mit dem bisherigen Frischwasserlieferanten der Stadtwerke einen neuen Vertrag mit einer Laufzeit von 20 Jahren abgeschlossen. Von einem so langen Vertrag profitiert nur der Lieferant. Die Stadt nimmt sich dagegen jede Möglichkeit auf die Bewegungen am Markt zu reagieren, kritisieren Erftstadts Sozialdemokraten. In der Gaswirtschaft haben Wettbewerbshüter die dort bis vor kurzem üblichen langen Lieferverträge als wettbewerbsschädlich und deshalb als unrechtmäßig erklärt. ■



Neuer Spielplatz

Gymnich. Endlich. Am Kinderspielplatz im Neubaugebiet in Gymnich tut sich was. Das Gelände ist hergerichtet die ersten Spielgeräte wurden aufgebaut. Ortsbürgermeister Kurt Kukla (SPD) ist zuversichtlich, dass, wenn das Wetter mitspielt, der

Kinderspielplatz noch in diesem Jahr für Kinder geöffnet werden kann. Auch die Hunsrückstraße im Neubaugebiet wird entgegen der ursprünglichen Planung schon in diesem Jahr komplett fertig gestellt. Kurt Kukla hat darauf in den vergangenen Monaten immer wieder gedrängt. ■

Gehwege werden ausgebaut

Köttingen. Wie von Köttingens Ortsbürgermeister Alfred Zimmermann immer wieder gefordert, werden jetzt die Gehwege entlang der Peter-May-Straße in Köttingen saniert. Gleichzeitig werden im Bereich der Peter-May-Straße zwischen Waldstraße und Villenweg an drei Stellen die Gehwege verbreitert, um so für Fußgänger mehr Sicherheit zu erreichen. Dies war von Anwohnern in einem Bürgerantrag gefordert worden. Die Baumaßnahme kostet rund 100 000 Euro. ■

Bei der Ausschreibung von Stromlieferverträgen haben CDU und FDP darauf verzichtet einen Anteil von Ökostrom verbindlich festzuschreiben. Dies widerspricht allen immer wieder beschworenen Klimaschutzbestimmungen. Andere Städte sind da wesentlich weiter. So hat die Stadt Brühl kürzlich beschlossen, verstärkt Ökostrom einzusetzen. Im Klimaschutz hat Erftstadt den Anschluss an andere Kommunen damit endgültig verloren.

Kein Ökostrom



Neue Spielgeräte

Köttingen. Auf dem Spielplatz Franz-Lehnen-Straße neben dem Kindergarten werden jetzt neue Spielgeräte aufgestellt. „Dieser Spielplatz wird gut frequentiert“, so Ortsbürgermeister Alfred Zimmermann. Gleichzeitig wird auch die marode Weisprung- und Kugelstoßanlage auf dem Köttinger Sportplatz durch ein Kleinspielfeld ersetzt. Die Jugend des SSV Köttingen erhält dadurch zusätzliche Trainingsmöglichkeiten. ■



Gymnich. Die Spillesstraße in Gymnich wird in Kürze wieder in beiden Fahrtrichtungen befahrbar sein. Der Ausschuss für öffentliche Ordnung und Verkehr beschloss Ende August gegen die Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die Einbahnstraßenregelung wieder aufzuheben.

Gefährlich

Ortsbürgermeister Kurt Kukla (SPD) bedauert diesen Schritt, da mit dieser Maßnahme wieder gegen die schwächsten Verkehrsteilnehmer, nämlich die Fußgänger, die Fahrradfahrer, vor allem aber der Schul- und Kindergartenkinder entschieden wurde.

Liebe Leserin, lieber Leser,

dies ist die fünfte Ausgabe unseres Magazins Ertstadt Kompakt. Wie bei den vorangegangenen Ausgaben informieren wir Ertstädter Sozialdemokraten Sie auch dieses Mal ausführlich über die Politik in unserer Stadt. Nicht zu kurz kommen sollen dabei auch die Menschen, die hinter dieser Politik stehen.

Die Redaktion des Ertstadt Kompakt-Magazins war dabei immer bemüht das Thema auf den Punkt zu bringen. Nur so ist sichergestellt, dass mit der Berichterstattung die Grundlagen zu konstruktiven Diskussionen gelegt waren. Dieses Ziel haben wir meist auch erreicht.

Die Meinungen über unser Magazin gehen oft weit auseinander: So erhielten wir auf unsere Titelgeschichte in der letzten Ausgabe „Ertstädter kaufen wenig in Ertstadt“ durchweg positive Resonanzen aus der Bevölkerung. Bei Teilen des Einzelhandels, vor allem aber bei der Ratsmehrheit, stieß sie auf wenig Gegenliebe. Während die Leser uns bestätigten, den Kern des Problems getroffen zu haben, versuchten Teile des Handels und die Ratsmehrheit, die geschilderten Probleme schlichtweg zu leugnen.

Die SPD-Fraktion hat sich in der Folge weiter intensiv mit dem Einzelhandel beschäftigt. Experten rieten uns, für Ertstadt ein so genanntes Einzelhandelskonzept erstellen zu lassen, das die Schwachstellen aufzeigt und Anregungen für Verbesserungen liefert. CDU und FDP haben bis jetzt ein solches Konzept verhindert. Vor allem die CDU hat bis heute nicht verstanden, worum es dabei eigentlich geht. Die Erfahrungen in den Nachbarstädten haben gezeigt, dass ein solches Konzept unbedingt erforderlich ist. Nur so können die Weichen für ein vernünftiges Einzelhandelsangebot in der Stadt gestellt werden.

Mit dieser fünften Auflage von Ertstadt Kompakt fordern wir nun aber auch Sie, lieber Leser, liebe Leserin auf, uns zu sagen, wo Sie die Politik in der Pflicht sehen. Wir wissen aus vielen Gesprächen, dass die Menschen in Ertstadt gute Ideen haben. Schreiben Sie uns, was anders werden muss in der Stadt. Unsere Adresse: SPD Bürgerbüro, Bahnhofstraße 38, 50374 Ertstadt. Sie können uns auch eine E-Mail an SPD-buergerbuero-ertstadt@t-online.de schicken.

Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir nur auf Briefe und E-Mails mit vollständiger Adresse antworten.

Wir Sozialdemokraten freuen uns auf Ihre konstruktiven Vorschläge.



Bernd Bohlen,
Vorsitzender der
SPD-Fraktion im Rat
der Stadt Ertstadt



Uwe Wegner,
Vorsitzender der
SPD Ertstadt

Impressum

Herausgeber: SPD-Ertstadt, Vorsitzender Uwe Wegner (verantwortlich), Bahnhofstraße 38, 50374 Ertstadt

Redaktion: Bernd Bohlen, Helmut Ockenfels, Uwe Wegner

Fotos: Bernd Bohlen, Jörg Kliem, Helmut Ockenfels

Grafik und Realisation: MS Kompakt GmbH, Amsterdamer Straße 27, 50735 Köln, Telefon: 02 21/5 34 87 51, Fax: 02 21/5 34 87 53

Druck: Media-Print, Postfach 2 50, 24756 Rendsburg; **Auflage:** 20 000

Die Bevölkerungszahl stagniert, der Altersdurchschnitt steigt. Ohne ein engagiertes politisches Gegensteuern droht der Stadt ein dramatischer Bevölkerungsrückgang mit all den negativen Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Finanzkraft der Stadt. Eine Zukunft hat Erfstadt nur, wenn die Politik jetzt die Weichen richtig stellt

Erfstadt ist eine Stadt, wie sie nur in den siebziger und achtziger Jahren um eine Großstadt herum entstehen konnte. Die Bevölkerung stieg zwischen 1965 und 1985 rapide an, weil die Menschen aus den Großstädten flüchteten. Es waren vor allem diejenigen, die über ein hohes Einkommen verfügten und für sich und ihre Familien Wohnungen im Grünen bauten.

Das Ergebnis dieser langen Entwicklung: Erfstadt hat heute über 50 000 Einwohner - rund die doppelte Anzahl wie vor der Gründung im Jahr 1969. Das Bildungs- und Wohlstandsniveau ist hoch. Die Einkommen liegen deutlich über dem Durchschnitt in der Bundesrepublik. Der Großteil der Beschäftigten fährt zur Arbeit in die benachbarte Großstadt. Die Anzahl der Arbeitsplätze vor Ort ist dagegen sehr gering.

Neubaugemeinden an den Ortsrändern sorgen auch heute noch für einen geringen Bevölkerungszuwachs, wenn auch bei weitem nicht in dem Umfang wie in den vorangegangenen Jahrzehnten. Mehr und mehr stellt sich die Frage, ob die zukünftigen Wan-



JETZT
die Weichen richtig stellen

derungsgewinne die Verluste durch die natürliche Bevölkerungsentwicklung noch lange auffangen können. Seit Jahren sterben in Erfststadt mehr Menschen als geboren werden. Damit die Stadt ihr derzeitiges Bevölkerungsniveau halten kann, müssen jährlich rund 200 Menschen mehr nach Erfststadt ziehen, als die Stadt verlassen. Ohne diese Neubürger wird die Bevölkerung in den nächsten Jahren erst langsam, dann aber immer schneller zurückgehen. Wie sehr die Stadt auf Bevölkerungszuwachs von außen angewiesen ist, verdeutlichen folgende Zahlen: Das Durchschnittsalter der Erfststädter beträgt heute 42,3 Jahre und ist um 0,6 Jahre höher als im Landesdurchschnitt. 18 Prozent der Einwohner sind unter 18 Jahre. Jeder vierte Einwohner ist heute schon älter als 60. Nach einer Berechnung der Bertelsmann Stiftung wird sich das Durchschnittsalter in Erfststadt im Jahr 2020 auf 47,3 Jahre erhöhen. Das Durchschnittsalter wäre dann um fast zwei Jahre höher als in NRW. Der Anteil der unter 16-Jährigen sinkt auf 18,3 Prozent. Fast jeder dritte Einwohner ist dann älter als 60 Jahre.

DIE ZUKUNFT NICHT VERSCHLAFEN

Erfststadt liegt in einer Ballungszone, der die Experten eine gute Ausgangsposition für die Zukunft bestätigen. Allerdings nur dann, wenn sich die Stadt auf die Zukunft vorbereitet. „Das Risiko besteht darin, dass Erfststadt die Weichen für eine weiterhin positive Entwicklung zu spät stellt“, bringt es der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Bernd Bohlen, auf den Punkt. „Wir dürfen die Zukunft nicht verschlafen.“ Was die Weichenstellung betrifft, sieht es in Erfststadt derzeit gar nicht gut aus. Plan- und ziellos stochert die Ratsmehrheit bei ihren Entscheidungen zur Stadtentwicklung herum. Ein Plan, ein Ziel ist nicht zu erkennen. Den Flächennutzungsplan

verabschiedeten die Fraktionen vor der Jahrtausendwende noch einstimmig. Danach stellte vor allem die CDU-Fraktion vieles in Frage. Gemeinsam erzielte Übereinstimmungen, wie zum Beispiel über die Errichtung von Windkraftträdern, galten auf einmal nichts mehr. Die CDU-Größen aus den kleineren Ortsteilen, vor allem aber die aus Lechenich, setzten immer stärker ihre eigenen Interessen durch. Wo und wann welches Baugebiet als erstes erschlossen wird, darüber kam es in der Folge immer häufiger zum Streit. Nicht immer stellte die CDU dabei die Ziele der Stadtentwicklung in den Vordergrund. Selbst die FDP-Fraktion mochte den Vorstellungen ihres Koalitionspartners über die weitere Stadtentwicklung oft nicht mehr folgen.

„WIR BRAUCHEN VERLÄSSLICHE DATEN“

Es war die SPD-Fraktion, die im Jahr 2002 die Diskussion in eine neue Richtung lenkte. Gemeinsam mit dem grünen Bündnispartner stellte sie den Antrag, einen so genannten Entwicklungsbericht zu erstellen. „Wir brauchen in der Stadt verlässliche Daten über die Bevölkerungsentwicklung oder über die Veränderung der Altersstruktur, um sorgfältig planen zu können“, begründet Fraktionsvorsitzender Bernd Bohlen den Vorstoß der beiden Fraktionen. Die knappen finanziellen Ressourcen der Stadt müssten genauer und treffsicherer eingesetzt werden. Die beiden Fraktionen forderten die Verwaltung damals auf, in dem Bericht unter anderem Daten zur Bevölkerungsentwicklung, Veränderung der Alterstruktur, zur An- und Abwanderung, zur sozialen Stellung und vieles mehr zu ermitteln. Ziel sei es, unter anderem das Infrastrukturangebot

Neubaubereiche am Rande der Stadtteile sorgen auch heute noch für einen geringen Bevölkerungszuwachs



Arbeit eingestellt

CDU und FDP haben Ende September – neun Monate vor der Kommunalwahl – ihre Arbeit am Stadtentwicklungsplan und damit die Stadtentwicklung eingestellt. Nach einer kontroversen Diskussion über das weitere Vorgehen mit dem vorliegenden Entwurf eines Stadtentwicklungsplanes beschlossen beide Fraktionen, die Diskussion jetzt zu beenden und erst wieder nach den Kommunalwahlen aufzunehmen. Die Erfststädter Sozialdemokraten sehen darin den peinlichen Versuch, mit ihren Vorstellungen für die zukünftige Entwicklung Erfststadts hinter dem Berg zu halten. Die Verschiebung der Diskussion über die Ziele der Stadtentwicklung ist nach Ansicht der SPD-Fraktion auch eine saftige Ohrfeige für die Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses, Carla Neisse-Hommelsheim (CDU). Die Vorsitzende trat vor vier Jahren mit der Absicht an, ein Handlungskonzept für die gesamte Stadt zu erarbeiten. Damit ist sie nun kläglich gescheitert.



von den Schulen über Jugendeinrichtungen bis hin zu Altentagesstätten rechtzeitig an die tatsächliche Entwicklung anzupassen. Alle Politikbereiche vom Wohnungsbau über die Stadtentwicklung, die Kultur- oder die Sozialpolitik, die Schul- oder die Jugendpolitik müssen sich schneller anpassen als in der Vergangenheit, forderten die Antragsteller.

Als dann erste Teile dieses Berichtes fertig wurden und die bekannten Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung aufzeigten, hätte eigentlich nichts mehr der Erstellung eines in sich schlüssigen Handlungskonzeptes entgegenstanden. Doch weit gefehlt. Nach der Kommunalwahl im Jahr 2004 beschlossen CDU und FDP zunächst einmal die Einrichtung eines Arbeits-

kreises „Stadtentwicklung“. Der sollte vor allem ein Handlungskonzept erarbeiten.

Die SPD-Fraktion machte sich dagegen dafür stark, Fragen der zukünftigen Stadtentwicklung nicht hinter verschlossenen Türen zu diskutieren. „Wann und wo zum Beispiel in Ertstadt neue Baugebiete entstehen, welche Änderungen in der Stadtentwicklung anstehen, welche Ziele verfolgt werden, all dies gehört in die öffentliche Diskussion und darf nicht in kleinen Zirkeln hinter verschlossenen Türen diskutiert werden“, so das Credo der SPD-Fraktion.

Nach Vorlage der ersten Daten zur zukünftigen Bevölkerungsentwicklung diskutierte die SPD-Fraktion bereits im Oktober 2005 die ersten wichtigen Schlussfolgerungen. Die Stadt muss zukünftig viel mehr Gewicht auf die Frage legen, wie die Wohn- und Lebensqualität zu verbessern ist. Im Zentrum der Stadtentwicklungspolitik stehen zwei Bevölkerungsgruppen. Das sind die Senioren und die jungen Familien. Die Senioren, weil deren Anteil zunimmt und sie ganz bestimmte Einrichtungen nachfragen, junge Familien, weil sie die Zukunft der Städte sichern müssen. Wenn junge Familien in die Stadt ziehen sollen, muss die Politik ihnen die Möglichkeit gegeben, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Dazu gehören gute Betreuungsmöglichkeiten für Kinder ab einem Alter von vier Monaten, bis hin zur gesicherten Nachmittagsbetreuung in der Grundschule. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erfordert nicht nur eine gute Kinderbetreuung, sondern auch Hilfen bei der Pflege von Angehörigen.

VERORDNETER STILLSTAND SCHADET

Für beide Bevölkerungsgruppen wird das zentrumsnahe Wohnen mit kurzen Versorgungswegen immer wichtiger. Innerstädtischer Wohnraum

6 Ertstadt kompakt



Kinder sind das Kapital jeder Gesellschaft. Sie sind die Zukunft und für sie müssen wir jetzt die richtigen Entscheidungen treffen

muss so geplant werden, dass für die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen attraktiver Wohn- und Lebensraum entsteht, der vor allem auch generationsübergreifendes Miteinander ermöglicht und fördert. Ein behindertengerechter Ausbau städtischer Gebäude und Wohnhäuser ist nicht nur wichtig für betagte oder behinderte Senioren. Dort, wo ein Behinderter bequem mit dem Rollstuhl hinkommt, kommt die junge Mutter oder der junge Vater auch mit dem Kinderwagen bequem hin.

Stillstand in der Stadtentwicklung – wie jetzt von CDU und FDP verordnet – kann sich eine Stadt wie Ertstadt nicht leisten. Jetzt werden die Weichen für die Zukunft gestellt. Nichtstun verschärft die Situation. Ist die Abwärtsspirale einmal in Gang gesetzt, gibt es kein Halten mehr. Weniger Einwohner bedeutet weniger Kaufkraft. Einzelhandel oder Gastronomie oder lokale Kreditinstitute verlieren potenzielle Kundschaft. Die Nachfrage nach Immobilien sinkt. Wertverluste und Leerstände sind an der

Tagesordnung. Hohe Einwohnerverluste führen dazu, dass schrumpfende Städte nicht mehr in der Lage sind, eine wettbewerbsfähige Infrastruktur aufrechtzuerhalten. Die Abwanderung verstärkt sich.

Rat und Verwaltung in Ertstadt müssen jetzt handeln. Der Wettbewerb der Städte im Rhein-Erft-Kreis und im Umland der Großstadt Köln um junge und hoch qualifizierte Menschen ist jetzt schon härter geworden und wird sich in der Zukunft deutlich verschärfen. ■

Unnötige Erweiterung

Ein Leuchtturm-Projekt sollte er werden – der Wirtschaftspark Erftstadt mitten im Zentrum der Stadt. Und: Er sollte die überlegene Kompetenz von CDU und FDP in der Wirtschaftsförderung ein für allemal dokumentieren. Doch was bisher herausgekommen ist, ist weder ein Vorzeigeprojekt und erst recht kein Beispiel für eine überzeugende Wirtschaftspolitik



So richtig will kaum ein Unternehmen in den Wirtschaftspark. Erst recht keins der von CDU und FDP favorisierten High-Tech-Unternehmen. Aber auch Dienstleister, Fortbildungseinrichtungen und wer da sonst noch im Gespräch war, machten bis jetzt einen weiten Bogen um die 30 Hektar große Fläche am Rande Lechenichs. Und dennoch wird schon jetzt für viel Geld ein zweiter Bauabschnitt erschlossen. Im ersten Bauabschnitt sind bis jetzt vier Grundstücke verkauft. Zwei Unternehmen haben ihre Hallen fertig, ein drittes baut zurzeit. Das erste Unternehmen musste lange umworben werden, ehe die Stadt den Zuschlag bekam. Und damit es überhaupt kam, erhielt es die Ausnahmegenehmigung für den Bau eines über 30 Meter hohen Werbepylonen. Die vier verkauften Grundstücke haben bei weitem noch nicht das Geld eingebracht, das die Stadt bisher in den ersten

Bauabschnitt gesteckt hat. Allein der Bau der Straßen und des Grünzuges hat bisher über zwei Millionen Euro verschlungen. Rund zwei Millionen Euro dürfte die Stadt auch beim Ankauf der Grundstücke ausgegeben haben. Der zweite Bauabschnitt kostet nun weitere 800.000 Euro. Die von CDU und FDP beauftragte Firma erwies sich leider auch als wenig effektiv. Hinter vorgehaltener Hand wird daher schon seit Wochen in der Verwaltung und der Politik darüber diskutiert, ihr zu kündigen. Die Firma hat eigentlich über die ganzen Jahre hinweg kein schlüssiges Vermarktungskonzept aufgezeigt. Entsprechend schlecht war auch die Vermarktungsstrategie. Darauf, dass die Stadt die Firma am liebsten schon heute loswerden will, deutet das neue Schild am Eingang des Wirtschaftsparks hin. Die Telefon-

nummer der Vermarktungsfirma ist schlichtweg verschwunden. Ungeachtet der bisherigen miserablen Vermarktung des Wirtschaftsparks wollten CDU und FDP im Verbund mit der Verwaltung kurz vor den Sommerferien den zweiten Bauabschnitt im Hauruckverfahren durchbringen. Im nicht öffentlichen Teil einer Ratssitzung versuchten CDU und FDP im Zusammenhang mit Grundstücksverkäufen im zweiten Bauabschnitt an einen stadtbekanntem Architekten aus Lechenich auch die Erschließung der Flächen durchzupauken. Der Versuch scheiterte kläglich. Weil die Abstimmungsmodalitäten nicht dem Gesetz entsprachen, konnten die Aufträge nicht vergeben werden. Erst kurz nach den Herbstferien gab es dann einen rechtskräftigen Beschluss. Richtig einsehen kann eigentlich niemand, warum jetzt in ei-

nem zweiten Bauabschnitt weiter viel Geld für die Erschließung verschwendet wird, obschon im ersten Bauabschnitt noch ausreichend Baugrundstücke vorhanden sind. Die SPD-Fraktion sagte deshalb auch konsequenterweise nein zur Erweiterung. Wenig Verständnis hat die SPD-Fraktion auch für die im zweiten Bauabschnitt nun geplanten Projekte. Der Architekt will dort einen Burger King, eine Tankstelle und einen Autobetrieb ansiedeln. Direkt gegenüber von McDonalds, einer Tankstelle und einem Autobetrieb auf der anderen Seite der Bundesstraße. „Städtebaulich ist das kein Meisterstück“, zieht der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Helmut Ockenfels ein negatives Fazit. Die Schlossstadt Lechenich habe wirklich besseres verdient. ■

SPD fordert Verkehrskonzept

Liblar. Die Liblarer Sozialdemokraten fordern ein Verkehrskonzept für den Stadtteil Liblar. „Die Verkehrsprobleme haben in den letzten Jahren in Liblar extrem zugenommen“, begründet der Vorsitzende der Liblarer Sozialdemokraten, Holger Nietgen, den Vorstoß. Die zuständigen Gremien würden zwar schon seit längerem „an kurzfristigen Lösungen akuter Probleme im Straßenverkehr in Liblar“ arbeiten, doch eine zusammenhängende Darstellung, wie denn der Verkehr zukünftig besser geordnet werden könne, gebe es nicht. Durch das bisher unkoordinierte Vorgehen würde es für die Bürger in Liblar immer schwieriger, von der einen Seite des Stadtteils zur anderen zu gelangen.

„Von meinem Wohnhaus in der Carl-Schurz-Straße bin ich schneller im Einkaufszentrum in Hürth als im Einkaufszentrum in Liblar“, formuliert überspitzt der Liblarer Stadtverordnete Franz Schmidt die Situation. Sein Kollege Ralf Petschellies nennt im Umkreis einige neuralgische Punkte, wie etwa die Kreuzung Carl-Schurz-Straße/Köttinger Straße oder den gesamten Bereich Köttinger Straße von St. Alban bis zum Ortsausgang.

Sorgen bereitet den Sozialdemokraten das hohe Verkehrsaufkommen im Bereich des Schulzentrums. Ungelöst sind die Verkehrssituation und das Parken rund um den Liblarer Bahnhof. Auch der Radverkehr braucht deutlich mehr Raum und muss in einem Gesamtkonzept berücksichtigt werden, fordern die Liblarer Sozialdemokraten.

Mit der Erstellung eines Verkehrskonzeptes für Erfstadt's größten Stadtteil wollen die Sozialdemokraten auch nicht mehr warten, bis denn eines Tages die Osttangente gebaut wird. „Angesichts der drängenden Verkehrsprobleme können wir nicht immer wieder auf den Bau der Osttangente als die große Lösung warten“, sagt Liblars Ortsbürgermeisterin Isolde Moron (SPD).

Bisher scheitert die Erstellung des Konzeptes an CDU und FDP. Beide Fraktionen haben die Entscheidung erst einmal vertagt und so auf die lange Bank geschoben.

BONNER STRASSE ALS 800 000 EURO

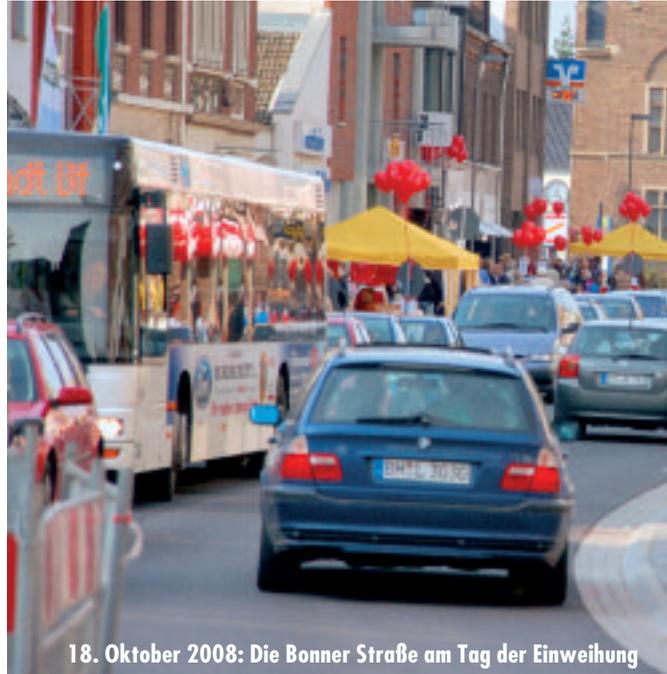


Bürgermeister Ernst-Dieter Bösche gab die umgestaltete Bonner Straße feierlich für den Verkehr frei

Lechenich. „So könnte es immer aussehen. Das wäre ein wirklicher Gewinn für Lechenich“, staunte das Gros der Besucher bei der Eröffnung der Bonner Straße Mitte Oktober in Lechenich. Da sah die Straße in der Tat so wie eine „richtige Geschäftsstraße“ aus. Nahezu alle Einzelhändler – auch die eifrigsten Verfechter der Parkplätze – nutzten die Mehrzwecksteifen vor ihren Geschäften, um ihr Angebot zu präsentieren.

Rechtzeitig zu Beginn des für den Einzelhandel wichtigen Weihnachtsgeschäfts gab Bürgermeister Ernst-Dieter Bösche im Oktober die umgestaltete Bonner Straße feierlich für den Verkehr frei. Die Baumaßnahme hat über 800 000 Euro gekostet. Zuschüsse seitens des Landes oder des Bundes gab es dazu nicht.

Lange präsentierte sich die Umgestaltung der Bonner Straße als eine „unendliche Geschichte“. Immer wieder verzögerten vor allem CDU-Stadtverordnete die Planung und den Umbau, indem sie Positionen vertraten, die im Rat nicht mehrheitsfähig waren. Die CDU übernahm die Position der AHAG, möglichst viele Parkplätze zu installieren. Die FDP konnte ihren Koalitionspartner erst überzeugen, nachdem ein Stadtplaner aus Düsseldorf eingeschaltet wurde. Des-



18. Oktober 2008: Die Bonner Straße am Tag der Einweihung

sen Planung hatte die CDU schließlich nichts mehr entgegnenzusetzen.

Der Stadtplaner kam den Vorstellungen der SPD-Fraktion und auch den ursprünglichen Plänen der Stadtverwaltung sehr nah. So wurden die Gehwege deutlich breiter, die Aufenthaltsqualität durch Sitzbänke verbessert. Anstelle reiner Park-

streifen plante er Mehrzwecksteifen. „Diese Mehrzwecksteifen können nun ohne großen Aufwand für den Außenverkauf oder die Außengastronomie bereitgestellt werden“, erklärt der Lechenicher SPD-Stadtverordnete Helmut Ockenfels.

Die SPD-Fraktion hatte von Anfang an gefordert, die Bonner Straße als attraktive Einkaufs-

Bahnhof Liblar besser anbinden

Erfstadt. CDU und FDP sehen keinen Anlass, die Anbindung des Bahnhofs in Liblar durch Bus, Taxi oder Anrufsammeltaxi zu verbessern. Einen Antrag der SPD-Fraktion mit diesem Ziel, lehnten die beiden Fraktionen im zuständigen Verkehrsausschuss ab. „Dass CDU und FDP noch nicht einmal dargestellt haben wollen, wie die derzeitige Situation ist, zeigt, dass sie sich keinen Deut darum scheeren, wie die Gymnicher, die Erper oder die Friesheimer zum Bahnhof kommen“, kritisiert Ausschussvorsitzender Uwe Wegner (SPD).

Die Defizite sind jedoch groß. Einige Stadtteile sind nur ungenügend an den Liblarer Bahnhof angebunden. Gymnicher müssen zum Beispiel eine wahre Odyssee durch Erfstadt's Stadtteile über sich ergehen lassen, ehe sie den Bahnhof erreichen. „Wer tagtäglich auf Bahn und Bus angewiesen ist, weiß genau, dass es Vieles zu verbessern gibt“, sagt Uwe Wegner.

Die SPD-Fraktion wird bei diesem Thema dennoch nicht lockerlas-

FÜR MEHR UMGEBAUT



straße auszubauen. „Wir wollten die Straße so attraktiv machen, dass sie zum Einkaufen einlädt und den Fußgängern Raum lässt“, fasst Helmut Ockenfels das Planungskonzept seiner Fraktion zusammen. Die Erfahrungen anderer Städte bestätigen die positiven Auswirkungen solcher Einkaufsstraßen auf das Kaufverhalten der Kunden.

Schade: Den ersten Antrag eines Geschäftsinhabers auf Nutzung des Mehrzweckstreifens zu Verkaufszwecken lehnte die Ratmehrheit von CDU und FDP kategorisch ab. Sie will doch lieber Parkplätze als Aufenthaltsqualität. Aber das lässt sich nun zum Glück mit anderen Ratsmehrheiten jederzeit ändern. ■

sen. „Wenn die Ratsmehrheit glaubt, durch die Ablehnung eines Antrages sei das Thema beendet, irrt sie sich“, sagt Fraktionsvorsitzender Bernd Bohlen. Die Fraktion werde nun einen ausführlichen Fragenkatalog erarbeiten, der die Defizite ausleuchten soll. Danach werde die SPD-Fraktion dann konkrete Verbesserungsvorschläge unterbreiten. Doch nun sehen auch Erftstadts CDU-Spitzen offenbar Handlungsbedarf. Sie fordern eine Verbesserung der Anbindung der Stadtteile Friesheim und Erp – allerdings an den Bahnhof in Weilerswist.



Umgehungsstraße gefordert

Friesheim. Mit ihrer Forderung, eine Ortsumgehungsstraße um Friesheim zu bauen, stoßen die Friesheimer nicht auf taube Ohren. Zumindest die SPD-Fraktion unterstützt das Vorhaben vorbehaltlos. „Wenn in naher Zukunft die neue Autobahnauffahrt an der A1 in Höhe von Gut Neuheim gebaut wird, nimmt der Verkehr im Zentrum von Friesheim erheblich zu“, befürchtet die Friesheimer SPD-Stadtverordnete Claudia Siebolds. Vor allem der LKW-Verkehr werde stärker ansteigen. Die Forderung der Friesheimer sei also durchaus gerechtfertigt. Die Umgehungsstraße müsse aber nicht nur bis zum Gewerbegebiet sondern bis zur Autobahnauffahrt gebaut werden, damit der Ort auch tatsächlich entlastet werde.



Die Anliegerin, Heidi Schäfer (im Foto rechts), erläutert Claudia Siebolds die Problemlage

Parkplatz beleuchten

Lechenich. Der Lechenicher SPD-Stadtverordnete und Vorsitzende der SPD Lechenich, Jörg Kliem, hat beantragt, den Parkplatz Am Haagenpfädchen zu beleuchten. Der Platz in der Nähe des Bonner Tors, der zunächst nur provisorisch hergerichtet wurde, wird mittlerweile gut angenommen. Kliem forderte die Stadtverwaltung auf, einen Vorschlag zu machen, wie dieser Platz zumindest provisorisch bis zur endgültigen Fertigstellung beleuchtet werden kann. Eine Entscheidung müsse schnell getroffen werden, wenn die Beleuchtung noch vor dem Winter installiert werden soll.

Stadt will Verkehrsplaner einschalten

Kierdorf. Wie der Kierdorfer SPD-Abgeordnete Horst Heiken erfahren hat, will die Stadt einen Verkehrsplaner mit der Erarbeitung eines Konzepts zur Verbesserung der Verkehrssituation in Kierdorf einschalten. „Nachdem die Berrenrather Straße wieder offen ist, ist in Kierdorf wieder Ruhe eingekehrt. Die Kierdorfer erwarten jetzt, dass, wie im Rat versprochen, Pläne zur Verkehrsberuhigung vorgestellt und umgesetzt werden“, so Heiken.

Die Schließung der Berrenrather Straße durch CDU und FDP hatte zu Beginn des Jahres zu hitzigen Diskussionen geführt. Eine Bürgerinitiative sammelte in kurzer Zeit weit über 1 000 Unterschriften, um die Aufhebung der Sperrung durchzusetzen. Die SPD hatte die Sperrung von Anfang an abgelehnt.

SPD fordert bessere Pflegeberatung

Erfstadt. Die SPD-Fraktion hat im Sozialausschuss einen Antrag vorgelegt, der eine Verbesserung der Pflegeberatung in Erfstadt zum Ziel hat. Darin fordert sie, dass die Stadt Pflegebedürftige mit niedrigem Einkommen oder geringer Rente Beratungsscheine für die Beratung bei privaten Anbietern ausstellt. Mit diesem Antrag reagiert die SPD-Fraktion darauf, dass weder der Kreis noch die Stadt derzeit bereit sind, das dafür erforderliche Personal in der Verwaltung selbst einzustellen.

Vor einem Jahr hat die SPD-Fraktion bereits gefordert, eine Fachkraft für die Verbesserung der Pflegeberatung einzustellen. Eine gemeinsame Lösung mit anderen Kommunen oder dem Kreis – von der SPD alternativ vorgeschlagen – wurde bis jetzt weder seitens der Stadt noch seitens des Kreises konsequent verfolgt. Dabei ist schnelles Handeln notwendig. Wenn heute zum Beispiel eine alleinstehende Seniorin als stark pflegebedürftig aus dem Krankenhaus entlassen wird, steht sie derzeit buchstäblich alleine da. Die Stadt kann ihr höchstens verschiedene Stellen empfehlen, wo sie Hilfe bekommt. Dagegen gibt es auch in Erfstadt private Berater, die in der Lage sind, kurzfristig direkte Hilfen zu vermitteln und gleichzeitig mit allen Institutionen bis hin zur Kranken- und Pflegekasse entsprechende Lösungen zu erarbeiten.

„Wir wissen, dass diese privaten Angebote sehr stark genutzt werden“, erklärt Kurt Kukla, Sprecher der SPD-Fraktion im Sozialausschuss. Erfstädter mit niedrigem Einkommen oder kleiner Rente könnten sich solche teuren Dienste nicht leisten. Hier müssen wir helfen.



Schulentwicklungsplan wird fortgeschrieben

Erfstadt. Die SPD-Fraktion hat sich mit ihrer Forderung durchgesetzt, den Schulentwicklungsplan der Stadt Erfstadt fortzuschreiben. „Die Anforderungen an die Schulen, die sich verändernden familiären und gesellschaftlichen Voraussetzungen machen die Überarbeitung des Erfstädter

Schulentwicklungsplans dringend erforderlich“, erklärte die Vorsitzende des Schulausschusses, Isolde Moron. Die SPD-Fraktion unterstützte dabei den Vorschlag der Verwaltung, die Fortschreibung des Schulentwicklungsplans an ein darauf spezialisiertes Planungsbüro zu ver-

geben. „Um die richtigen und zukunftsweisenden Entscheidungen treffen zu können, brauchen wir den Plan schnell“, so Moron. Die SPD erhofft sich von einer Fortschreibung des Schulentwicklungsplans Auskunft über die Entwicklung der einzelnen Schulen in der Stadt. Dringend erforderlich ist nach ihrer Ansicht die Einrichtung geeigneter Ganztagsangebote an allen weiterführenden Schulen. „Untersucht werden muss dabei, inwieweit das vorhandene Raumangebot den neuen Erfordernissen angepasst werden kann und welche Neubauten erforderlich sind“, erklärt Isolde Moron. Außerdem müssten Prioritäten festgelegt werden.

Sorgen bereitet der SPD-Fraktion die Tatsache, dass fast 850 Schülerinnen und Schüler eine Schule außerhalb Erfstadts besuchen. Deshalb sei es im Rahmen des Schulentwicklungsplans auch erforderlich zu untersuchen, warum diese Schüler Schulen außerhalb Erfstadts besuchen und wie das Angebot für Eltern und Schüler in der Stadt verbessert werden kann. ■

Stiefmütterlich behandelt

Liblar. „Der Bürgerplatz in Liblar wird seit Jahren von der Mehrheit des Rates nur sehr stiefmütterlich behandelt“, ärgert sich Liblars Ortsbürgermeisterin Isolde Moron (SPD). Der Platz ist seit Jahren dringend sanierungsbedürftig. Umso mehr freut sich die rührige Ortsbürgermeisterin, dass in diesem Jahr wenigstens etwas gemacht wurde. So wurden einige Pflanzbeete neu gestaltet, ein paar neue Bänke aufgestellt und die Pflege intensiviert. In den Herbstferien wurde die Fahrbahn vor dem Bürgerplatz befestigt und bekam statt der unebenen Pflastersteine einen Asphaltbelag.

Aber das alles sind kosmetische Veränderungen. „Der zentrale Platz des am dichtesten besiedelten Erfstädter Stadtteils muss umfassend neu gestaltet



Liebles behandelt: der Bürgerplatz in Liblar

werden“, fordert Isolde Moron. Nach der nächsten Kommunalwahl werde die SPD die Voraussetzungen dafür schaffen, dass es im Rat Mehrheiten für eine Sanierung dieses Platzes gibt. Dass keine Zuschüsse aus

Düsseldorf oder Berlin fließen, wollen die Sozialdemokraten dabei nicht gelten lassen. Die Bonner Straße in Lechenich ist ebenfalls ohne einen Cent Zuschuss sehr aufwendig umgebaut worden. ■

Die Sanierungskosten liegen weit unter den Baukosten für ein neues zentrales Spaß- und Kombibad“, stellt Fraktionsvorsitzender Bernd Bohlen fest. „Statt jetzt weiter über die Schließung einzelner Bäder nachzudenken und den Neubau eines teuren Spaßbades mit einem Investitionsvolumen von weit über 10 Millionen Euro zu propagieren, müssen Rat und Verwaltung nun nach Wegen suchen, die Sanierung der Bäder anzupacken.“ Jetzt müsse gehandelt werden. „Notwendige Investitionen in die Bäder dürfen nicht durch fehlende Konzepte und den Hinweis auf einen nicht finanzierbaren Neubau verzögert werden“, warnt Bohlen.

Den höchsten Aufwand fordert die Sanierung im Freibad Lechenich. Dort müssen rund 2,5 Millionen Euro in die Technik und die Auskleidung mit Folie gesteckt werden. Die gleichen Arbeiten im Freibad Kierdorf kosten 1,8 Millionen Euro. Die Sanierungskosten für die Lehrschwimmbekken in Bliesheim und Erp betragen 720 000 Euro und 780 000 Euro. Das Hallenbad in Lechenich steht mit rund 1 Million Euro in der Liste.

Den Vorschlägen von FDP und Grünen, das Freibad in Kierdorf und die beiden Lehrschwimmbekken in Erp und Bliesheim zu schließen, erteilt die SPD-Fraktion eine klare Absage. „Wenn Erfststadt kein Geld für die Sanierung der Bäder hat, dann hat sie erst recht keine 10 bis 15 Millionen Euro für den Bau ei-



BÄDER SANIEREN

Für die Sanierung der Erfstädter Bäder sind 6,8 Millionen Euro notwendig. Diese Summe erhöht sich um weitere 1,8 Millionen Euro, wenn bei der Sanierung der Freibäder in Kierdorf und Lechenich jeweils eine Edelstahlwanne installiert wird. Dies teilte die Verwaltung in einer Antwort auf eine Anfrage der SPD-Fraktion zum Investitionsbedarf der Stadt bis zum Jahr 2015 mit

nes neuen Spaßbades“, rechnet Bohlen FDP und Grünen vor. Dass ein Privatinvestor sich danach dränge, ein zentrales Bad zu bauen, hält die SPD-Fraktion für wenig wahrscheinlich. „Und wenn, muss die Stadt einen Großteil des finanziellen Risikos tragen“, so Bohlen. Die Nutzungszeiten für Schulen und Vereine wird sich ein privater

Investor auf jeden Fall teuer bezahlen lassen.

Ein zentrales Spaß- und Wellnessbad wird das jetzige Angebot für Vereine und Schulen nicht ersetzen können. Die vier Hallenbäder werden derzeit sprichwörtlich rund um die Uhr genutzt. Der SPD geht es vor allem darum, das Schulschwimmen in seiner bisherigen Form zu erhalten. Man

sei stolz darauf, dass der Anteil der Schüler, der schwimmen könne, in Erfststadt weit über dem Landes- und Kreisdurchschnitt liege, so Bohlen.

Die Stadt habe bisher außerdem immer das Ziel gehabt, möglichst allen Bevölkerungsschichten in Erfststadt das Schwimmen zu ermöglichen. Dieses Ziel werde mit einem zentralen Bad in Lechenich aufgegeben. Die heutigen Eintrittspreise werden sich mindestens verdreifachen, wenn nicht gar vervierfachen. „In den Kombi- und Spaßbädern der näheren Umgebung müssen Jugendliche meist mehr als fünf Euro Eintritt zahlen“, rechnet Janosch Pietrzyk, Vorsitzender der Jusos, vor. Für Erwachsene koste es meist acht Euro und mehr. Eine Familie mit zwei Kindern müsse so für einen Tag im Bad 20 Euro und mehr hinblättern. Das könne sich kaum eine Familie mehr als ein oder zwei Mal im Monat leisten, wenn überhaupt. „Wir wollen ein Bad für die Erfstädter und nicht für zahlungskräftige Besucher aus den Nachbarstädten“, ergänzt Bernd Bohlen.

Der CDU-Fraktion wirft die SPD vor, sich vor einer Antwort zu drücken. Die Menschen in Kierdorf, Bliesheim oder Erp haben ein Recht darauf, eine Antwort zu bekommen. Dass die CDU als einzige Fraktion keine konkreten Aussagen über die Zukunft der Bäder macht, ist ein weiteres eklatantes Beispiel für deren Arbeitsverweigerung. Die CDU versteckt sich feige hinter den Sportfunktionären im Stadtsportverband, statt eigene Vorschläge zu machen.

Einer hat sich verplappert: Der Lechenicher CDU-Stadtverordnete Dr. Rüdiger Zoll schlägt vor, das von der FDP gewollte Spaßbad im Römerhofpark zu bauen. Im Klartext: Die CDU will die Bäder in Kierdorf, Bliesheim und Erp ebenfalls schließen. Sagen wird sie dies erst nach der Kommunalwahl. ■

Das Freibad in Kierdorf hat dem Freibad in Lechenich den

Mehr Besucher

Rang abgelaufen. Während die Zahl der Besucher in Kierdorf im Jahr 2008 von 13 200 auf rund 17 500 anstieg, ging sie im Freibad Lechenich weiter auf nun 11 900 zurück. Das Lechenicher Bad hat damit in den letzten drei

Jahren stark an Attraktivität eingebüßt. Kamen im Jahr 2006 noch 32 600 Besucher, so ist deren Zahl bis Ende 2008 auf ein Drittel zurückgegangen. Gingen im Jahre 2003 noch dreiviertel aller Freibadbesucher nach Lechenich, waren es im Jahr 2008 nur noch 40 Prozent.

Erper kämpfen weiter gegen Mastbetrieb

Erp. Die Menschen in Erp kämpfen weiter gegen den geplanten Hähnchenmastbetrieb in Vettweiß-Müddersheim. Von den gut 300 Einsprüchen die gegen den Betrieb eingereicht wurden, kommen rund 150 aus dem Erftstädter Stadtteil. Seit Monaten gärt der Streit schon zwischen dem Investor, dem Freiherrn von Geyr, der dort einen Hähnchenmastbetrieb für rund 160.000 Hähnchen errichten will, und einer Bürgerinitiative, die sich vehement dagegen wehrt. Während der Rat der Stadt Vettweiß im Sommer grünes Licht für die Errichtung der Anlage gegeben hat, hat der Rat der Stadt Erftstadt einstimmig eine Resolution dagegen verabschiedet.

„Dass die Ratsfraktionen in Vettweiß grünes Licht für eine solche Anlage erteilt haben, können wir Sozialdemokraten in Erftstadt nicht nachvollziehen“, so Fraktionsvorsitzender Bernd Bohlen. Für seine Fraktion hätten die berechtigten Interessen der Erper Vorrang vor dem Profitstreben eines Einzelnen. ■

Borr. Mit ihrem Antrag, eine zusätzliche Kindergartengruppe in Niederberg ein-

zurichten, gefährdet die CDU den Kindergarten in Borr, befürchtet Borr's Ortsbürgermeister Dieter Wirtz. In einem Schreiben an die Stadt spricht er sich deshalb grundsätzlich gegen einen neuen Kindergarten in Niederberg aus. Wirtz erwartet auch Probleme in der Diskussion mit der Erzdiözese, die Träger des Kindergartens ist, wenn in unmittelbarer Nachbarschaft ein neuer Kindergarten entsteht. Statt die Fördermittel in

Kindergarten Borr gefährdet

den bestehenden Kindergarten Borr einzusetzen. Wörtlich schreibt Wirtz unter anderem: „Diesmal erwarten die Borrer Bürger mehr als nur ein Lippenbekenntnis, sondern den uneingeschränkten Zuspruch für diese Einrichtung. Alle anderen Überlegungen schaden dem Standort und dem Vertrauen der Bürger in die Aussagen politischer Mandatsträger.“ Die SPD-Fraktion unterstützt die Ausführungen vorbehaltlos. ■

„Ich stehe zum ehemaligen Listenpartner SPD“

Nach der Auflösung der Listenverbindung der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD ist Ulrike Zeller, einst Spitzenkandidatin der Grünen, aus ihrer Fraktion ausgetreten. Die Redaktion fragte die engagierte grüne Kommunalpolitikerin nach ihren Gründen



Erftstadt kompakt: Warum haben Sie die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verlassen?

Ulrike Zeller: Ich war fast neun Jahre Vorsitzende oder stellvertretende Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Den vom Fraktionsvorsitzenden zu verantwortenden politischen Richtungswechsel meiner Fraktion in Richtung CDU wollte ich nicht mittragen. Ich sehe dafür bis heute auch keine zwingende Notwendigkeit, denn ich stehe nach wie vor als fraktionslose „grüne“ Politikerin zum ehemaligen Listenpartner SPD, mit dem mich eine langjährige vertrauensvolle Zusammenarbeit verbindet. Darüber hinaus hatte mein Vertrauen in die eigene Fraktion

Schaden genommen, weil die Motive politischen Handelns für mich nicht immer nachvollziehbar waren und ich für eine strikte Trennung von privaten und öffentlichen Interessen bin.

Erftstadt kompakt: Bedeutet Ihr Ausstieg aus der Fraktion in Erftstadt auch ein Bruch mit der Grünen-Partei und deren Ziele?

Ulrike Zeller: Nein, ich bin nach wie vor Mitglied der Partei Bündnis 90/Die Grünen, weil ich deren Ziele ungeachtet meines Fraktionsaustritts für gut halte; wobei das kommunalpolitische Tagesgeschäft auch Kompromisse erfordert.

Erftstadt kompakt: Werden Sie sich nach der Kommunalwahl 2009 weiter engagieren?

Ulrike Zeller: Tatsache ist, dass ich mein Mandat zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger Erftstadts nach bestem Wissen und Gewissen wahrnehmen werde. Eine Entscheidung darüber hinaus werde ich 2009 treffen, wohlwissend, dass ein weiteres kommunalpolitisches Engagement nicht als „Fraktionslose“ möglich ist.

Zeiten besser abstimmen

Erftstadt. Die SPD-Fraktion wird der vom Sportdezernenten Volker Erner (CDU) vorgelegten Benutzungsordnung für die Sporthallen nicht zustimmen. „Die SPD-Fraktion hat

kein Verständnis dafür, dass der Beigeordnete nicht vorher mit allen Beteiligten gesprochen hat“, begründet der sportpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Alfred Zimmermann,

die Haltung der SPD. Die von Erner vorgeschlagene generelle Verlängerung zugunsten der Schulen bis 17.30 Uhr ist nicht nachvollziehbar. Es sei sehr unwahrscheinlich, dass alle Schulen tatsächlich bis 17.30 Uhr die Sporthallen nutzen. Nicht erklären können sich die Sozialdemokraten auch, warum zum Beispiel die Musikschule zukünftig grundsätzlich Vorrang bei der Nutzung von Sportstätten haben soll. Im zuständigen Fachausschuss hat die SPD-Fraktion sich deshalb dafür stark gemacht, dass das Thema zunächst noch mit den Sportvereinen und den Schulen diskutiert wird. Die SPD erwartet auch eine Stellungnahme des Stadtsportverbandes. ■

Die von der Gasversorgungsgesellschaft Rhein-Erft (GVG Rhein-Erft) angekündigte Gaspreissenkung zum 1. Januar 2009 um fünf Prozent fällt immer noch viel zu niedrig aus. „Angesichts der Entwicklung der Rohölpreise muss zumindest die Preiserhöhung zum 1. Oktober 2008 um 11,6 Prozent komplett vom Tisch“, begründet Fraktionsvorsitzender Bernd Bohlen die Forderung der Erfstädter Sozialdemokraten. Die Preiserhöhung zum Oktober habe 14,88 Euro je Monat bei einem durchschnittlichen Verbrauch von 20 000 Kilowattstunden pro Jahr ausgemacht. Die jetzige Senkung um 6,50 Euro je Monat sei einfach zu wenig. Vor allem, wenn man dies vor dem Hintergrund der Erhöhung zum 1. Juli 2008 sehe, als der Preis um 16,1 Prozent gestiegen sei, was 17,85 Euro je Monat bei einem durchschnittlichen Verbrauch von 20 000 Kilowattstunden pro Jahr ausmache. „Seit Juli muss der Kunde also insgesamt 32,73 Euro mehr je Monat zahlen. Angesichts des Preisverfalls beim Öl muss da beim Gaspreis weitaus mehr an Spielraum nach unten vorhanden sein“, meint Bohlen. Im Juli lag der Rohölpreis bei knapp 100 Euro je Barrel. Heute liegt er bei rund 45 Euro. Das



PREISSENKUNG VIEL ZU NIEDRIG

entspricht dem Preisniveau des Herbstes 2006. Selbst der Heizölpreis liegt heute nur noch in etwa auf dem Niveau von Herbst 2007. „Die GVG hat nach unten also wesentlich mehr Spielraum“, so Bohlen. „Bleibt die GVG bei diesem Preis, muss sie sich den Vorwurf gefallen lassen, die Preisanhebung nach

oben relativ schnell zu vollziehen. Bei der Preisanpassung nach unten lässt sie sich dagegen sehr, sehr viel Zeit.“

Die SPD-Fraktion hatte die GVG bereits im Oktober geschrieben und zur Senkung der Gasktarife aufgefordert. Die GVG kündigte daraufhin zunächst eine Verringerung um 3,1 Prozent an.

Nachdem die SPD dann eine weitere Senkung anmahnte, folgte die neue Ankündigung. „Dass die GVG so schnell reagierte zeigt, dass noch weitaus mehr drin ist“, so Bohlen. Die Ankündigung die Preise zum 1. April weiter senken zu wollen, bringt den Kunden nichts. „Dann ist der Winter und damit die Heizperiode vorbei. Die GVG hat dann ihren Profit gemacht.“ In ihrer Haltung von diversen Experten bestätigt. Claudia Kemfert, Energieexpertin beim Deutschen Wirtschaftsinstitut in Berlin, sagte der Bildzeitung, wegen des starken Ölpreisrückgangs könnten die Gasktarife „schon jetzt 20 Prozent niedriger sein“. Und Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) forderte die Konzerne auf, die Gaspreise zu senken. In der ARD kündigte er an: „Ich werde auch das Kartellamt noch einmal darauf ansetzen, um zu verhindern, dass jetzt Verbrauchern noch tiefer in die Tasche gegriffen wird.“

Anbieter jetzt wechseln

Im letzten Jahr haben nach einer Untersuchung der Bundesnetzagentur über 1,35 Millionen Haushalte ihren Stromlieferanten gewechselt. Im Gasbereich waren es gut 130 000.

Machen Sie es den Wechseln nach, rät Erfstadt Kompakt. Es lohnt sich. Nach einer Berechnung der Bundesnetzagentur hat sich der Wechsel des Stromlieferanten mit durchschnittlich 26 Euro im Jahr bezahlt gemacht. Beim Wechsel des Gaslieferanten waren sogar rund 100 Euro Ersparnis drin.

Angst vor einem Wechsel muss heute keiner haben. Selbst dann, wenn sich der neue Anbieter vom Markt zurückzieht oder in Konkurs geht, gehen die Lichter nicht aus. Der Haushaltskunde wird in der Ersatzversorgung unverzüglich zum Kundenpreis vom örtlichen Anbieter, in Erfstadt der RWE, versorgt.

Die Verbraucherzentralen raten außerdem keine

Verträge mit einer Dauer von über einem Jahr anzunehmen. Die Kündigungsfrist sollte möglichst kurz sein. Und auch von Vorauszahlungen halten die Verbraucherschützer recht wenig. Wer mehr wissen will, wendet sich direkt an die für Erfstadt zuständige

Verbraucherzentrale Brühl

Carl-Schurz-Straße 1, Telefon: 0 22 32/4 84 96.

Weitere interessante Informationen findet man auch unter www.verbraucherzentrale.de. Dort kann man ein komplettes Infoblatt herunterladen, das den Wechsel des Stromanbieters genau beschreibt.

Auf den Seiten der Verbraucherzentrale finden Sie auch einen so genannten Stromrechner, der auflistet, welcher Anbieter in Erfstadt besonders preiswert liefert. Das Verbraucherportal (www.verivox.de) bietet nicht nur Stromtarife, sondern auch Gasktarife im Überblick.

Erftstadt bouleva

Rechenkünstler

► „Dreiviertel des Rates stehen hinter mir. Darauf bin ich sehr stolz.“ Markig kündigte Dezernent **Volker Erner** (CDU) seine Wiederwahl in Radio Erft an. „Drei Fraktionen im Rat unterstützen mich“, tönte er vollmundig. Als Rechengenie entpuppte sich Erner dabei wahrlich nicht. Der Rat besteht aus 51 Mitgliedern. Dreiviertel – das sind mindestens 38 Stimmen. CDU, FDP und Grüne verfügen im Rat aber nur über 29 Stimmen. Selbst die bekam er nicht. Nur 27 Stadtverordnete votierten für ihn.

Unerträgliche Doppelmoral

► In einer Pause während der letzten Ratsitzung beschimpfte CDU-Fraktionsvorsitzender **Alfred Zerres** Mitglieder der SPD-Fraktion, die den CDU-Dezernenten Volker Erner nicht wählten. Die Feststellung der SPD-Fraktion, die Stelle koste mehr als 100 000 Euro im Jahr und deshalb wolle man darauf verzichten, bezeichnete er als „menschlich verwerflich“. Damit demonstriert Zerres einmal mehr seine unerträgliche Doppelmoral. Wenn es um andere Stellen in der Verwaltung geht, ist Zerres nämlich weit weniger zimperlich. Durch die Streichung der Schülerlotsen verloren über zehn Personen diesen Job. Egal ist ihm auch, wenn Putzfrauen für einen äußerst mickrigen Lohn städtische Einrichtungen putzen müssen. Deren Job lässt er europaweit ausschreiben, um die Kosten zu drücken.

Bösche tritt wieder an

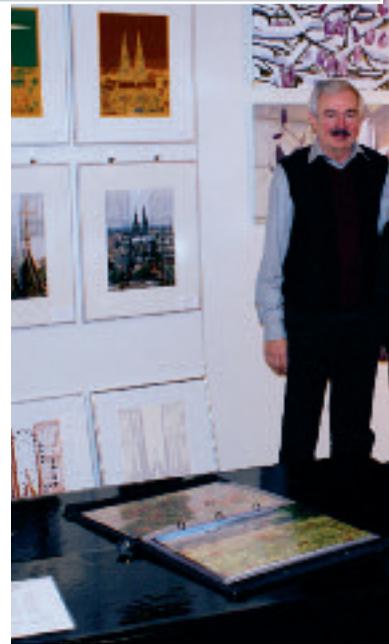
► Der amtierende Bürgermeister **Ernst-Dieter**

Bösche wird bei der nächsten Kommunalwahl wieder für das Amt des Bürgermeisters kandidieren. Der Vorstand der Erftstädter Sozialdemokraten wird ihn auch wieder als Spitzenkandidat der SPD für die Kommunalwahlen 2009 vorschlagen. Ernst-Dieter Bösche, der seit 1999 Bürgermeister in Erftstadt ist, erreichte bei seiner letzten Wiederwahl über 60 Prozent der Wählerstimmen im ersten Wahlgang.



Stadtrat auf Kunstmarkt

► Auch in diesem Jahr stellte das in seiner Freizeit künstlerisch tätige Ehepaar **Ursula und Helmut Ockenfels** beim Kunstmarkt der Stadt Erftstadt wieder aus. Es gab neue Arbeiten in verschiedenen Techniken zu sehen. Ursula Ockenfels zeigte farbin intensive abstrakte und gegenständliche Acrylmalerei sowie kleine Monotypien und Pastellkreidebilder mit Motiven aus der Natur. Helmut Ockenfels, SPD-Stadtrat in Lechenich, präsentierte neben seinen Fotoarbeiten Siebdrucke abstrahierter Motive sowie neue Arbeiten seiner bekannten Domansichten.



Die größten Fehler

► Der Lechenicher Ortsbürgermeister **Hans Oberhofer** (CDU) hat eine neue Aufgabe. Unter dem Motto „KulTour – ein kulinarischer Stadtrundgang durch Lechenich“ fungiert er als Stadtführer. In dem dreieinhalbstündigen Spaziergang präsentiert er neben den Sehenswürdigkeiten der Schlossstadt auch und vor allem Kulinarisches in drei verschiedenen Lechenicher Restaurants. Demnächst kann er eine weitere interessante Führung anbieten – und zwar am Ortseingang von Lechenich in der Nähe des Wirtschaftsparks. Unter dem Motto „Stadtplanung und Wirtschaftsförderung – die größten Fehler der CDU“ kann er dort die besonderen Auswüchse einer misslungenen Stadt- und Wirtschaftsplanung vorstellen. Die kulinarischen Highlights dort: McDonalds, Burger King und Subway.

Ein Dorf und seine Geschichte

► Die Chronik „Köttingen – Ein Dorf und seine Geschichte“ des verstorbenen **Dr. Hans Paul Müller** wird in Kürze erscheinen. Der Köttinger Historiker beschäftigte sich mit der Geschichte seines Dorfes und darüber hinaus mit den ersten bekannten Aufzeichnungen 1166 bis zum Ende des 17. Jahrhunderts. Der Druck des Buches wurde durch private Spenden und vor allem mit Hilfe der Dorfgemeinschaft Köttingen finanziert. Ende November wird es der Öffentlichkeit vorgestellt werden.



Einstimmig ...

... haben die Mitglieder der Erftstädter SPD ihre Kandidaten für den Kreistag nominiert. Im Wahlbezirk Gymnich, Kierdorf, Köttingen und Blessem tritt Parteivorsitzender **Uwe Wegner** an. Für Liblar wurde der Vorsitzende des AWO-Stadtverbandes, **Franz Schmidt**, nominiert. Den Wahlbezirk Friesheim, Bliesheim, Niederberg, Herrig und Teile von Lechenich vertritt der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Erftstadt, **Bernd Bohlen**. In Lechenich, Ahrem, Konradsheim und Dirmerzheim kandidiert **Helmut Ockenfels**, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion. Koppelkandidaten sind **Kurt Kukla, Johannes Henseler, Bettina Zilleken** und **Martin Krupp**.

Der Erftstädter Parteivorsitzende Uwe Wegner sieht in dem einstimmigen Votum „nicht nur einen Beweis für die bisher gute Arbeit der Kandidaten, sondern es unterstreicht auch das Vertrauen der Mitglieder in ihre Kandidaten“. Selbstbewusst fügt er an: „Wir können und wollen eine bessere Arbeit leisten als die CDU/FDP-Mehrheit im Kreistag.“

SPD-Fraktion in alter Dorfschmiede

Die SPD-Fraktion hat die alte Dorfschmiede im Zentrum von Bliesheim besichtigt. Der Eigentümer, **Peter Mühlens**, führte die Besucher durch das von ihm in vielen Jahren aufwendig sanierte städtebauliche Kleinod. „Es ist bemerkenswert, mit welchem Engagement hier ein Eigentümer ein denkmalgeschütztes Gebäude saniert und für zukünftige Generationen erhalten hat“, erklärte Fraktionsvorsitzender Bernd Bohlen nach der Führung. Interessant und sehenswert seien nicht nur der Hof, sondern auch die vielen kleinen und großen Geräte und Gerätschaften, die der Eigentümer über die Jahre hinweg zusammengetragen hat. Die SPD hofft nun, dass die Stadt gemeinsam mit den Schulen und dem Eigentümer ein Konzept entwickelt, mit Hilfe dessen der Dorfhof für Schulen und Kulturinteressierte genutzt werden kann. „Hier kann Heimatkunde erlebt werden“, meinen die Sozialdemokraten. Mit auf Besichtigungstour waren auch Bürgermeister **Ernst-Dieter Bösche** und der oberste Denkmalschützer der Stadt, **Peter Overhoff**.



Mehr Transparenz - Mehr Bürgerbeteiligung - Mehr Ideen

SPDErftstadt

WAS MUSS **ANDERS** WERDEN?

IHR VORSCHLAG

Senden Sie Ihre Verbesserungsvorschläge bitte **per E-Mail** an: SPD-buergerbuero-erftstadt@t-online.de
oder diese Seite ausgefüllt **per Post** an: SPD Bürgerbüro, Bahnhofstraße 38, 50374 Erftstadt

Danke für Ihr Engagement